

Bruno S. Frey und Hannelore Weck-Hannemann

Entwicklungshilfe und Internationale Politische Ökonomie*

I. Wer gibt und wer erhält Entwicklungshilfe?

Finanzielle Hilfe zum Zwecke der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung von Ländern der Dritten Welt wird von verschiedenen Ländern und multilateralen Organisationen in stark unterschiedlichem Ausmaß geleistet. Die offizielle Entwicklungshilfe (d. h. unter Ausschluß der finanziellen Hilfe von Seiten der Kirchen und anderen karitativen Organisationen, sowie privater Unternehmen) betrug im Jahre 1982 zum Beispiel¹

Vereinigte Staaten	5,4 Mrd US Dollar
Frankreich	3,5 Mrd US Dollar
Bundesrepublik Deutschland	2,6 Mrd US Dollar
Vereinigtes Königreich	1,1 Mrd US Dollar.

Die im »Development Assistance Committee« im Rahmen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zusammengeschlossenen westlichen Industrieländer spendeten insgesamt 20,1 Mrd Dollar. Im Vergleich dazu ist der Beitrag der kommunistischen Länder (ohne die chinesische Volksrepublik) mit knapp 3 Mrd Dollar gering. Über multilaterale Kanäle wie der Weltbank und anderen Organisationen der Vereinten Nationen sind 7,8 Mrd Dollar an Entwicklungshilfe geflossen.

Die Höhe und Verteilung der Entwicklungshilfe wird auch heute noch weitgehend im *nationalen* Rahmen entschieden². Wie die aufgeführten Zahlen deutlich machen, gewähren die Vereinigten Staaten bei weitem am

* Die in diesem Aufsatz kurz wiedergegebenen Forschungsergebnisse sind aus der Zusammenarbeit der beiden Autoren während ihres Aufenthaltes am Wissenschaftskolleg entstanden. Die zugrundeliegenden theoretischen Überlegungen konnten ausführlich mit Douglas Hibbs diskutiert werden. Wertvolle Anregungen verdanken wir außerdem Klaus Foppa, Bruno Fritsch, Udo Ernst Simonis und Paul Streeten. Jürgen Wolters danken wir für ökonomischen Rat, Uli Widmaier für die Beschaffung der Daten und Wolfgang Neudorfer für die Unterstützung bei der Aufbereitung der Daten. Wir sind auch dem Schweizerischen Nationalfonds für finanzielle Hilfe bei der weiteren Ausarbeitung dankbar.

meisten (offizielle) Entwicklungshilfe. Daher wird im folgenden der Schwerpunkt auf die amerikanische Entwicklungshilfe gelegt.

Die Vereinigten Staaten geben den einzelnen Entwicklungsländern stark unterschiedlich viel Hilfe. Im Jahre 1982 erhielten zum Beispiel

Ägypten	930 Mill US Dollar
Israel	800 Mill US Dollar
Pakistan	150 Mill US Dollar
Indien	140 Mill US Dollar
Indonesien	110 Mill US Dollar
Philippinen	70 Mill US Dollar
Niger	20 Mill US Dollar
Mali	10 Mill US Dollar.

Gegen diese Aufzählung läßt sich einwenden, daß sie ein verzerrtes Bild wiedergibt, weil die Bevölkerung der aufgeführten Länder ja ganz unterschiedlich groß ist; so hat zum Beispiel Indien rund 700 Millionen, Mali hingegen nur 7 Millionen Einwohner. Es liegt nahe, daß die Vereinigten Staaten Ländern mit großer Bevölkerung (absolut) mehr Hilfe zukommen lassen als solchen mit nur wenig Einwohnern. Wie aus der nachstehenden Auflistung zu ersehen ist, verstärken sich jedoch die Unterschiede zwischen der von den Ländern erhaltenen Entwicklungshilfe noch, wenn die Zuwendungen *pro Kopf* der Bevölkerung des Empfängerlandes betrachtet werden:

Ägypten	21 US Dollar
Israel	201 US Dollar
Pakistan	2 US Dollar
Indien	0,2 US Dollar
Indonesien	0,7 US Dollar
Philippinen	1 US Dollar
Niger	4 US Dollar
Mali	2 US Dollar.

Israel erhält hundertmal mehr Entwicklungshilfe pro Kopf der Bevölkerung als z. B. Mali und sogar tausendmal mehr als Indien. Die Ägypten pro Kopf zukommende finanzielle Unterstützung durch die Vereinigten Staaten beträgt zwar nur ein Zehntel von derjenigen von Israel; sie liegt aber immer noch zehnmal über derjenigen von Pakistan und hundertmal über derjenigen von Indien. Die Unterschiede in der Verteilung der amerikanischen Entwicklungshilfe nach Empfängerländern läßt sich demnach nicht durch die Größe des Landes erklären.

Entwicklungshilfe dient dem Zweck, die wirtschaftliche Lage der Bevöl-

kerung in den armen Ländern der Welt zu verbessern³. Würden diese Zahlungen tatsächlich aus philanthropischen Motiven unternommen, so ist zu erwarten, daß den Ländern mit dem geringsten Prokopfeinkommen am meisten Hilfe gegeben würde, während den bereits weiter entwickelten Ländern weniger zufließen würde. Allgemein müßte dann ein umgekehrt proportionales Verhältnis zum Sozialprodukt pro Kopf festzustellen sein. Die in den vorherigen Aufzählungen enthaltenen Länder hatten 1982 folgende Prokopfeinkommen:

Ägypten	650 US Dollar
Israel	5800 US Dollar
Pakistan	400 US Dollar
Indien	250 US Dollar
Indonesien	550 US Dollar
Philippinen	750 US Dollar
Niger	250 US Dollar
Mali	150 US Dollar.

Ein Vergleich mit der Entwicklungshilfe pro Kopf zeigt keineswegs das erwartete Ergebnis: Das Prokopfeinkommen Israels liegt weit höher als dasjenige der anderen aufgeführten Länder, aber dieses Land erhält auch die bei weitem größte Hilfe von den Vereinigten Staaten. Das besonders arme Indien wird hingegen mit nur wenig amerikanischer Hilfe pro Kopf seiner Bevölkerung unterstützt. Insgesamt ist die Rangkorrelation zwischen Entwicklungshilfe und Sozialprodukt (beides pro Kopf) *positiv* ($r=0,38$). In der Tendenz erhält somit ein relativ besser gestelltes Land auch mehr Entwicklungshilfe – was der Hypothese einer philanthropischen Vergabe der Entwicklungshilfe klar widerspricht.

Aus den Überlegungen wird deutlich: Die Vereinigten Staaten (und vermutlich auch andere Geberländer) verteilen ihre Entwicklungshilfe nach anderen Kriterien als der Größe und/oder der Armut eines Landes der Dritten Welt. Eine befriedigende Erklärung läßt sich nur finden, wenn sowohl wirtschaftliche als auch politische Faktoren in der Entscheidungsbildung der Geberländer betrachtet werden. Für eine derartige Analyse eignet sich die Internationale Politische Ökonomie.

II. Internationale Politische Ökonomie

In den letzten Jahrzehnten ist eine neuartige Politische Ökonomie entwickelt worden. Die Ökonomische Theorie der Politik (wie sie üblicherweise genannt wird) stellt eine erfolgsversprechende Möglichkeit dar, öko-

nomische und politische Aspekte internationaler Beziehungen miteinander zu verbinden. Mit diesem Ansatz werden die gegenseitigen Beziehungen zwischen Wirtschaft und Politik mit Hilfe des Instrumentariums der modernen (neoklassischen) Wirtschaftstheorie analysiert. Die politischen Institutionen und das Verhalten von Regierungen, Parteien, Wählern, Interessengruppen und staatlichen Verwaltungen werden explizit untersucht. Die Ökonomische Theorie der Politik ist Teil eines Bemühens, das Modell des rationalen Verhaltens von Individuen auf Bereiche jenseits der traditionellen Wirtschaft zu übertragen⁴. Sie wird heute auf einen weiten Bereich der Wirtschaft und Gesellschaft angewandt.

Die Ökonomische Theorie der Politik hat wertvolle Beiträge zur Volkswirtschaftslehre und zur Politikwissenschaft geliefert und ist deshalb für alle jene Sozialwissenschaften von Bedeutung, die die Lücke zwischen der Wirtschaftstheorie und der Theorie internationaler (politischer) Beziehungen überbrücken wollen. Bisher ist dieser Ansatz jedoch noch kaum auf Probleme der internationalen politischen Ökonomie angewandt worden⁵. In viererlei Richtungen ist ein Beitrag der Ökonomischen Theorie der Politik zur internationalen politischen Ökonomie zu erwarten:

- (1) Die Ökonomische Theorie der Politik vermag neuartige Gesichtspunkte aufzuzeigen. Damit wird nicht behauptet, daß sie anderen Ansätzen⁶ überlegen sei, sondern nur, daß sie bisher nicht beachtete Aspekte der internationalen politischen Ökonomie zu erhellen vermag.
- (2) Ein Vorzug des ökonomischen Ansatzes zur Analyse internationaler Beziehungen besteht in der Verwendung einer expliziten und vereinheitlichten Theorie menschlichen Verhaltens⁷, sowie eines methodischen Instrumentariums, das theoretisch abgeleitete und empirisch testbare Aussagen erlaubt.
- (3) Das Streben, (zumindest im Prinzip) empirisch testbare Hypothesen abzuleiten, zwingt den Forscher, sich an der Wirklichkeit zu orientieren. Die ökonometrischen oder politometrischen Analysen führen zu wichtigen qualitativen Kenntnissen über die Beziehungen zwischen den jeweils betrachteten Variablen.
- (4) Der Ansatz der Ökonomischen Theorie der Politik ist auf eine ganz bestimmte Weise interdisziplinär: Die wirtschaftlichen und politischen Aspekte der internationalen politischen Ökonomie werden mit Hilfe eines einheitlichen theoretischen Ansatzes untereinander verbunden. Der einheitliche Ansatz erlaubt eine enge Integration der Bereiche der Wirtschaft und der Politik.

III. Entwicklungshilfe als »Bestechung«

Der Ökonomischen Theorie der Politik folgend werden die (Regierungen der) einzelnen Länder als Nutzenmaximierer betrachtet, die die Vorteile und Nachteile der ihnen möglichen Handlungen abwägen. Sowohl die Geber- als auch die Empfängerländer von Entwicklungshilfe verfolgen dabei ihren eigenen Nutzen. Die Beziehungen zwischen diesen beiden Gruppen können als »Markt« aufgefaßt werden, auf dem Leistungen ausgetauscht werden: Die Geberländer bieten finanzielle Hilfe an, und die Empfängerländer offerieren politische Unterstützung (z. B. in Form einer entsprechenden Stimmabgabe in den Vereinten Nationen). Diese Beziehung läßt sich auch als »Bestechung« bezeichnen. Formal ausgedrückt wird eine Angebotsfunktion (der Geberländer) und eine Nachfragefunktion (der Empfängerländer) für Entwicklungshilfe unterschieden. Im Gleichgewicht dieses Angebots und dieser Nachfrage wird ein »Preis« für die Entwicklungshilfe und eine entsprechende »Menge« (Höhe) der finanziellen Übertragung bestimmt.

Das *Angebot eines Geberlandes* – es seien wieder die Vereinigten Staaten betrachtet –, einem bestimmten Land der Dritten Welt Entwicklungshilfe zu gewähren, hängt von verschiedenen Bedingungen ab. Der »Wert« oder *Nutzen* der vom Entwicklungsland erbrachten Gegenleistung ist für die USA umso höher und damit auch das Hilfeangebot umso größer, je wichtiger folgende Faktoren sind:

1. Geopolitische Bedeutung

Dazu zählen die strategische Lage des Entwicklungslandes (z. B. ob es an ein Ostblockland grenzt und ob es amerikanische Flotten- und Flugbasen beherbergt), die Bevölkerungsgröße und die Zugehörigkeit zu einer militärischen Allianz (z. B. zur NATO). In der empirischen Analyse werden diese Variablen, abgesehen von der Bevölkerungsgröße, mit Hilfe sogenannter Hilfsvariablen abgebildet. Diese nehmen den Wert 1 an, wenn für ein Land die jeweilige Eigenschaft zutrifft, ansonsten weisen sie den Wert 0 auf.

2. Enge der Beziehungen zum Empfängerland

Ein Entwicklungsland ist für die Vereinigten Staaten *ceteris paribus* (d. h. unter sonst gleichen Bedingungen) besonders wichtig, wenn es sich im traditionellen Einflußbereich – insbesondere in Mittelamerika und in der Karibik – befindet. Im Falle dieser Länder nimmt die entsprechende Hilfsvariable wiederum den Wert 1 an und für alle anderen Länder 0.

Ein Land ist für die USA auch umso wichtiger, je enger die wirtschaftlichen Beziehungen sind. Dies läßt sich anhand des Handelsanteils mit den USA messen.

Ein bestimmtes Land hat für jede Regierung der Vereinigten Staaten eine

ganz besondere Bedeutung: Die für die Wiederwahl besonders bedeutsamen jüdischen Wähler belohnen eine israelfreundliche Außenpolitik und damit auch Entwicklungshilfe. Umgekehrt gefährdet eine amerikanische Regierung, die Israel nicht in hohem Maße unterstützt, möglicherweise ihr politisches Überleben. Dieser wahlstrategische Wert Israels wird wiederum mit einer Hilfsvariablen erfaßt.

3. Art der Beziehung

Unterstützt ein Entwicklungsland die Vereinigten Staaten nie oder immer, läßt sich die finanzielle Hilfe nicht zur »Bestechung« verwenden. Ein Land hingegen, das deutlich macht, daß es ein Geberland nur dann unterstützt, wenn es Entwicklungshilfe erhält, erweist sich für die USA als wertvolles Objekt einer eigennützigen Geberpolitik. Außerdem ist zu vermuten, daß der amerikanischen Regierung eine Annäherung eines Landes, das sie selten unterstützt, mehr bedeutet als eine gleiche Annäherung eines Landes, das ohnehin meistens mit der amerikanischen Position einig geht: Der »verlorene« gilt mehr als der »treue« Sohn.

Diese zwei Hypothesen können anhand des Abstimmungsverhaltens in der Vollversammlung der Vereinten Nationen überprüft werden. Dabei werden Abstimmungen, in denen sich die anwesenden Nationen vollkommen oder nahezu einig sind (90%-100% Übereinstimmung), sowie Abstimmungen über einzelne Paragraphen ein und derselben Resolution abgeschlossen, da diese nur wenig zusätzliche Informationen beinhalten. Ferner werden nur diejenigen Abstimmungen berücksichtigt, die sich auf den Konflikt zwischen den beiden Großmächten (cold war issues) beziehen, d. h. in denen die USA und die UdSSR nicht übereinstimmen.

Die Empfänger können auf einer Skala eingereiht werden, auf der der Index 1 vollkommene Übereinstimmung mit der amerikanischen Position anzeigt. Der Index 0 zeigt entsprechend an, daß das Empfängerland nie gleich wie die Vereinigten Staaten stimmt. Entsprechend den formulierten Hypothesen bewirkt ein hoher Wert dieses »Übereinstimmungsindex«⁸, daß die amerikanische Regierung keine zusätzliche Entwicklungshilfe gewährt, während ein geringer Wert sie zu höheren Zusagen veranlaßt. Eine hohe Variabilität im Abstimmungsverhalten, gemessen anhand der Standardabweichung des Übereinstimmungsindex, läßt erwarten, daß das entsprechende Land leichter beeinflussbar und für »Bestechung« zugänglicher ist; es wird daher ein positiver Zusammenhang mit der Höhe der zugesagten Entwicklungshilfe erwartet.

4. Beziehung zu anderen Geberländern

Bezieht ein bestimmtes Entwicklungsland gleichzeitig Hilfe von einem Gegner der Vereinigten Staaten (einem Ostblockland), fällt sein »Wert« für

die USA, weil seine politische Unterstützung fragwürdig wird. Umgekehrt ist zu erwarten, daß eine gleichzeitige finanzielle Unterstützung durch befreundete westliche Länder ein Entwicklungsland auch für die USA politisch »wertvoller« macht.

Es wird erwartet, daß je stärker die vier aufgeführten Gruppen von Faktoren ausgeprägt sind, desto mehr finanzielle Hilfe bieten die Vereinigten Staaten einem Entwicklungsland an.

Die Nachfrage nach amerikanischer Entwicklungshilfe von Seiten eines Landes der Dritten Welt hängt von den Kosten ab, die mit deren Empfang verbunden sind. Wie hoch diese Kosten in Form einer politischen Unterstützung der USA sind, hängt von zwei Gruppen von Faktoren ab:

1. Ideologische Position

Je weiter ein Entwicklungsland von der amerikanischen Ideologie entfernt ist, desto schwerer fällt es ihm, sich für die Belange der USA zu engagieren. Die Distanz zwischen den Ideologien des Geber- und des Empfängerlandes bezieht sich sowohl auf die Politik als auch auf die Wirtschaft. So sind z. B. die Kosten, die mit dem Empfang von Entwicklungshilfe der Vereinigten Staaten verbunden sind, für ein sozialistisches, zentral geplantes Land mit einem Ein-Parteien-System oder einer Diktatur höher als für ein westlich orientiertes, marktwirtschaftliches Land, welches demokratisch regiert wird. Beide Indikatoren werden mit Hilfsvariablen abgebildet und beruhen auf Angaben von Raymond Gastil.⁹

2. Wirtschaftlicher Druck

Je schlechter die wirtschaftliche Lage eines Entwicklungslandes ist, desto stärker ist es auf Entwicklungshilfe angewiesen und desto eher wird es bereit sein, die dafür erforderlichen politischen Gegenleistungen zu liefern. Es ist somit zu erwarten, daß die Nachfrage nach Entwicklungshilfe umso höher ist, je geringer das Prokopfeinkommen und dessen jährliche Wachstumsrate, je höher das Zahlungsbilanzdefizit und die Auslandsverschuldung, und je geringer die dem Land von anderen Geberländern zukommende Hilfe (z. B. auch in Form ausländischer Direktinvestitionen) ist.

Für den letztgenannten Faktor, die von anderen Geberländern zugesagte Hilfe, wird sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite ein Einfluß auf die amerikanische Entwicklungshilfe postuliert, und zwar teilweise in entgegengesetzter Richtung: Finanzielle Hilfe durch befreundete Länder stimuliert die USA zu einem höheren Angebot an Entwicklungshilfe und dämpft gleichzeitig die Nachfrage des Entwicklungslandes nach finanzieller Unterstützung. Das theoretisch erwartete Vorzeichen kann daher für diesen Einflußfaktor nicht eindeutig angegeben werden.

Sonstige Hilfe, insbesondere durch befeindete Länder, vermindert hingegen die durch die USA vergebene Hilfe.

Befindet sich dieser (imaginäre) Markt für Entwicklungshilfe im Gleichgewicht, existiert ein »Preis« für die Entwicklungshilfe, der das Angebot des Geberlandes mit der Nachfrage des Empfängerlandes in Übereinstimmung bringt. Die empirisch beobachtete Höhe der Entwicklungshilfe in der Vergangenheit läßt sich als Realisation einer derartigen Gleichgewichtssituation auffassen. Diese Vorgehensweise erlaubt, den Einfluß von Änderungen in den exogen gegebenen Bedingungen (d. h. in den soeben diskutierten vier Gruppen von Bestimmungsfaktoren des Angebots und den zwei Gruppen von Determinanten der Nachfrage) auf die Entwicklungshilfe *empirisch* zu erfassen.

IV. Empirische Analyse

Mit Hilfe einer multiplen Regression (Methode der kleinsten Quadrate) können die aufgestellten theoretischen Hypothesen empirisch getestet werden: Der Einfluß der exogenen Faktoren auf die zu erklärende Variable, die von den Vereinigten Staaten zugesagte Entwicklungshilfe pro Kopf der Bevölkerung des Empfängerlandes (Durchschnitt der Jahre 1980 bis 1982), wird quantifiziert und hinsichtlich seiner (statistischen) Signifikanz untersucht. Es werden 57 (potentielle und tatsächliche) Empfängerländer betrachtet, für die (beim derzeitigen Stand der Untersuchung) der gesamte Datensatz vorliegt. Um der zeitlichen Verzögerung des politischen Entscheidungsprozesses Rechnung zu tragen, werden die erklärenden Variablen zeitlich verschoben als Durchschnittswerte über die Jahre 1978 bis 1980 in die Schätzung eingeführt.

Die Schätzergebnisse sind – gemessen an den üblichen Kriterien – gut gesichert: Die erklärenden Variablen haben insgesamt einen statistisch signifikanten Einfluß und sie vermögen rund 90% der Varianz der Verteilung der Entwicklungshilfe auf die Empfängerländer nachzuvollziehen. Dazu tragen die Bevölkerungszahl und das Prokopfeinkommen – wie vorne bereits ausgeführt – nichts bei: Selbst wenn zusätzliche Einflußfaktoren berücksichtigt werden, erweisen sich diese beiden Einflußvariablen als im statistischen Sinne nicht signifikant. Die Vereinigten Staaten verteilen somit ihre Entwicklungshilfe nach Kriterien unabhängig von der Größe und der Armut des Empfängerlandes.

a. Entwicklungshilfe: Der Einfluß des Geberlandes

Im Gleichgewicht erweisen sich verschiedene Faktoren auf der *Angebotsseite* als bestimmend. Die militärische und traditionelle Bindung an die Vereinigten Staaten hat einen entsprechend den theoretischen Erwartungen positiven und signifikanten Einfluß auf die Vergabe amerikanischer Entwicklungshilfe. Die in einer Militärkooperation mit den USA stehenden Länder erhalten im Durchschnitt der Jahre 1980 bis 1982 *ceteris paribus*, d. h. bei sonst gleichen Bedingungen, rund 5 US Dollar und die mittel-amerikanischen und karibischen Staaten rund 15 US Dollar mehr Entwicklungshilfe pro Kopf der Bevölkerung als die anderen Entwicklungsländer. Auch für Israel zahlt sich die besondere Beziehung zu den Vereinigten Staaten aus: Dieses Land erhält *bei sonst gleichen Bedingungen* nahezu 200 US Dollar mehr Entwicklungshilfe pro Kopf als jedes andere untersuchte Land. Die empirische Analyse zeigt, daß bestehende Handelsbeziehungen mit den USA eher die Vergabe amerikanischer Entwicklungshilfe hemmen; der Einfluß ist allerdings nur schwach (statistisch) signifikant. Die Grenznähe zum kommunistischen Block sowie die Präsenz amerikanischer Flug- und Flottenstützpunkte erweisen sich nicht als wesentliche Bestimmungsfaktoren amerikanischer Hilfe.

Im Rahmen des hier postulierten »Bestechungsmodells« sind die politischen Faktoren hinsichtlich des Abstimmungsverhaltens in den Vereinten Nationen von besonderem Interesse. Erwartungsgemäß zeigt die empirische Schätzung für den Übereinstimmungsindex einen negativen (signifikanten) Einfluß: Diejenigen Länder, die weitgehend mit den USA übereinstimmen, scheinen für die amerikanische Regierung weniger »wertvoll« zu sein; sie erhalten *ceteris paribus* weniger Entwicklungshilfe als diejenigen Staaten, die bei Abstimmungen in der UNO überwiegend eine von den USA abweichende Position vertreten. Außerdem erweist es sich als lohnend, das Abstimmungsverhalten öfter zu wechseln und sich nicht auf eine bestimmte Position gegenüber den USA festzulegen, denn eine hohe Variabilität steigert (*ceteris paribus*) die finanzielle Hilfe von seiten der amerikanischen Regierung. Entwicklungshilfe wird somit in der Tat nicht vorwiegend aus philanthropischen Motiven vergeben, sondern vielmehr als Mittel zum Erwerb politischer Unterstützung verwendet.

b. Entwicklungshilfe: Der Einfluß der Empfängerländer

Unter den Faktoren, die die *Nachfrage* nach Entwicklungshilfe bestimmen, erweist sich überraschenderweise das wirtschaftliche System des Landes als nicht entscheidend: Ein marktwirtschaftlich ausgerichtetes Land erhält (*ceteris paribus*) ebenso viel Entwicklungshilfe wie eine Planwirtschaft. Hingegen deutet die empirische Untersuchung (wenn auch nur schwach) darauf hin, daß die politische Struktur eines Landes die Höhe der ver-

gebenen Hilfe mitbestimmt: Ein demokratisch regierter Staat erhält bei sonst gleichen Bedingungen etwa 4 US Dollar mehr an amerikanischer Hilfe als ein Land mit autoritärer Regierung.

Die wirtschaftliche Situation eines Entwicklungslandes beeinflusst die Nachfrage nach finanzieller Hilfe weniger stark als erwartet: Von den berücksichtigten Indikatoren hat einzig das Zahlungsbilanzdefizit den erwarteten positiven und signifikanten Einfluß. Dies legt wiederum nahe, daß ein Modell, welches allein wirtschaftliche Faktoren berücksichtigt und politische Einflußgrößen außer acht läßt, die Vergabe von Entwicklungshilfe nur unzureichend zu erklären vermag.

c. Der Einfluß der Hilfe durch andere Geber

Hinsichtlich der Bereitstellung finanzieller Hilfe durch befreundete und befeindete Länder scheinen die auf der Angebotsseite wirksamen Effekte zu überwiegen. Die vom Ostblock bewilligte Hilfe hat den erwarteten negativen Einfluß auf die amerikanische Entwicklungshilfe; allerdings ist der entsprechende Koeffizient (statistisch) nicht signifikant. Dagegen bestimmt die durch die Länder des »Development Assistance Committees« bereitgestellte finanzielle Unterstützung die Höhe amerikanischer Hilfe wesentlich: 1000 US Dollar zusätzlich bewilligter Entwicklungshilfe bewirken nahezu 100 US Dollar höhere Verpflichtungen der Vereinigten Staaten.

V. Zusammenfassung und Folgerungen

Die Industrieländer geben den Ländern der Dritten Welt Entwicklungshilfe. Sie wenden finanzielle Mittel auf und verteilen sie an einzelne Entwicklungsländer. Hieraus zu schließen, daß die Geberländer allein über diese Verteilung entscheiden, wäre jedoch verfehlt. Wie unsere Untersuchung zeigt, ist die Vergabe der Entwicklungsgelder das Ergebnis einer Interaktion sowohl der *Geber-* wie auch der *Empfängerländer*. Die Entwicklungshilfe wird von den Industrieländern nicht aufgrund philanthropischer Motive gegeben, sondern es wird eine Gegenleistung von den Empfängerländern erwartet. Je nachdem, wie sich die Empfänger verhalten, sind die Geber zu mehr oder weniger hoher Hilfe bereit. Es kann somit von einem »Markt« für Entwicklungshilfe gesprochen werden. Die Anbieter (die Industrienationen) wollen ihren politischen Einfluß vergrößern; die Nachfrager (die Entwicklungsländer) sind zu politischen Gegenleistungen im Austausch gegen finanzielle Hilfe bereit. Die tatsächlich beobachtbaren Ströme an Entwicklungshilfe können als »Gleichgewicht« zwischen diesem Angebot und dieser Nachfrage interpretiert werden.

Die empirische (ökonomische) Untersuchung für den Fall der ameri-

kanischen Entwicklungshilfe im Zeitraum 1980-82 deutet darauf hin, daß tatsächlich Faktoren auf der Angebots- und auf der Nachfrageseite wirksam sind. Die Einflüsse auf der Geberseite erweisen sich als besonders wichtig. Insbesondere erhalten diejenigen Entwicklungsländer mehr Hilfe, die mit den Vereinigten Staaten militärisch verbunden sind und die in deren traditionellem Einflußbereich liegen. Dazu gehört auch Israel, das für die USA aus innenpolitischen Gründen wichtig ist. Erhält ein Land Hilfe durch befreundete Länder, engagieren sich auch die Vereinigten Staaten vermehrt.

Die Interaktion zwischen Geber- und Empfängerländern läßt sich insofern als »Bestechung« auffassen, als diejenigen Entwicklungsländer von den USA am meisten Hilfe erhalten, die sich nicht fest an einen Block binden, sondern zu verstehen geben, daß sie ein Geberland außenpolitisch zu unterstützen bereit sind. Einem Entwicklungsland fällt es umso leichter, den politischen Erwartungen der Vereinigten Staaten zu entsprechen, je stärker demokratisch es ausgerichtet und je größer der wirtschaftliche Druck (gemessen am Zahlungsbilanzdefizit) ist.

Aus den Überlegungen wird deutlich: Entwicklungshilfe ist ein vielschichtiges Phänomen, das sich nicht auf philanthropische Motive reduzieren läßt. Am meisten Hilfe erhalten nicht die bevölkerungsreichsten und die ärmsten Länder, sondern diejenigen, die sich im politisch-ökonomischen Kräfteverhältnis am besten behaupten können.

Anmerkungen

- 1 Diese und die folgenden Daten sind entnommen aus OECD, *Geographical Distribution of Financial Flows to Developing Countries*, Paris 1984.
- 2 Wie eine ökonomische Untersuchung des Verhaltens der Weltbank gezeigt hat, vermögen die wichtigsten Geberländer (vor allem die Vereinigten Staaten und Frankreich) ihre Eigeninteressen auch in multilateralen Organisationen geltend zu machen. Vgl. Bruno S. Frey und Friedrich Schneider, »Competing Models of International Lending Activity«, *Journal of Development Economics*, erscheint 1986.
- 3 Ob dieses Ziel erreicht wird, ist offen, bildet aber nicht Gegenstand dieser Untersuchungen. Verschiedentlich wird die Auffassung vertreten, daß Entwicklungshilfe den Empfängerländern wenig oder nichts nützt, ja sogar schaden kann. Vgl. dazu insbesondere Peter T. Bauer, »Development Economics: Intellectual Barbarism.« In: Brunner, Karl (ed.), »Economics and Social Institutions«. Nijhoff, Boston 1979, S. 41-58; Peter T. Bauer and Basil Yamey, »The Political Economy of Foreign Aid.« *Lloyds Bank Review* 1981, S. 1-14; und neuerdings Brigitte Erler, »Tödliche Hilfe.« Dreisam Verlag, Freiburg/Brg. 1985.

- 4 Vgl. Gary S. Becker, »Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens«. Mohr (Siebeck), Tübingen 1982. Übersichten über die Ökonomische Theorie der Politik geben z. B. Dennis Mueller, »Public Choice.« Cambridge University Press, Cambridge 1979 sowie Peter Bernholz und Friedrich Breyer, »Grundlagen der Politischen Ökonomie«. Mohr (Siebeck), Tübingen 1984.
- 5 Die bisherigen Arbeiten diskutiert Bruno S. Frey, »Internationale Politische Ökonomie«. Vahlen, München 1985.
- 6 Zu nennen ist vor allem eine in der Politikwissenschaft entwickelte Theorie, die ebenfalls wirtschaftliche und politische Aspekte auf internationaler Ebene zu verbinden trachtet. Vgl. z. B. Robert Keohane und Joseph Nye, »Power and Interdependence«. Little Brown, Boston 1977; Stephen Krasner, »Defending the National Interest«. Princeton University Press, Princeton 1978.
- 7 Vgl. dazu auch den Beitrag von Klaus Foppa und Bruno S. Frey, »Menschliches Handeln: Entscheidungsvorbereitung und subjektiver Möglichkeitsraum«, in diesem Jahrbuch.
- 8 Die Berechnung des Übereinstimmungsindex (index of agreement) geht zurück auf Arend Lijphart, »The Analysis of Bloc Voting in the General Assembly: A Critic and a Proposal«. The American Political Science Review, Dezember 1963, S. 902-917.
- 9 Raymond D. Gastil, »The Comparative Study of Freedom«. Freedom at Issue, Januar/Februar 1979, S. 1-14.